

**Rechtsbruch ohne Risiko – Staat schont Ausbeuterfirmen**

Anmoderation

Anja Reschke:

„In unserer letzten Panorama Sendung hatten wir darüber berichtet, wie schön schrecklich die neue tolle Arbeitswelt für viele Arbeitnehmer heute ist. Wir zeigen Ihnen noch mal kurz einen Ausschnitt daraus:“

Kampfpreise. Supergünstig. Immer mehr, immer billiger. Der Textil-Discounter KiK. Diese beiden Mitarbeiterinnen zahlen den Preis für die Schnäppchen-Schlacht.

O-Ton

Martina K.,

KiK-Aushilfe:

„Wer 5,20 Euro bekommt, ist eigentlich schon einer der besseren Verdiener da bei KiK.“

O-Ton

Ehemalige KiK-Lohnbuchhalterin:

„Ich war am ersten Tag schon geschockt. Ich hab erst mal gefragt, ob es normal ist, dass die Leute so wenig verdienen.“

Sie hat selbst erlebt, dass sich KiK offenbar gezielt über deutsches Arbeitsrecht hinwegsetzt. Außer Billiglöhnen bekommen die Aushilfen keinen bezahlten Urlaub und kein Geld bei Krankheit.

Anmoderation

Anja Reschke:

„Ca. 6,6 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland als geringfügig Beschäftigte. Welches Ausmaß diese Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten inzwischen angenommen hat, wurde uns nach unserer Sendung noch deutlicher. Wir haben unzählige Zuschriften bekommen. Nur mal ein paar Beispiele aus unserem Panorama-Internet-Forum:“

Zitat:

„Alles nur bei KiK? Mitnichten! Meine Frau hat letztes Jahr bei dem Saftladen N. malocht. Hier durfte sie während der Arbeitszeit weder essen, trinken oder gar die Toilette aufsuchen!“

Zitat:

„Ich kenne aus Unternehmen verschiedener Art nicht eine Aushilfe, die bezahlten Urlaub, geschweige denn Lohnfortzahlung bei Krankheit bekommt! Hallo, wovon reden wir? Wenn den Leuten das nicht passt, dann können Sie gehen, das wird auch ganz öffentlich gesagt.“

Zitat:

„Ich bin Aushilfe bei einer bekannten Drogeriekette. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bei Urlaub? Träumt weiter!“

Anmoderation

Anja Reschke:

„Nun stellt sich ja die Frage, was kann man dagegen tun. Wir haben nach unserem Panorama-Film mitbekommen, was passiert, wenn man Unternehmen zu Recht auf die Füße tritt. Drohungen, Anwaltsschreiben, Klagen. Nun ist der NDR da auch ganz gut gewappnet. Aber wie soll sich eine einzelne Aushilfe gegen so eine juristische Übermacht wehren? Auf die Politik jedenfalls kann sie da anscheinend nicht zählen. Wie sehr solch ausgebeutete Arbeitnehmer allein gelassen werden, zeigen Tamara Anthony, Britta von der Heide und Maike Rudolph.“

Sabine Stettner hat gekämpft – und dafür bezahlt. Sie arbeitet für ein kleines Unternehmen in Bayern, ein Minijob. Dann muss sie operiert werden und fällt zwei Wochen aus. Nur Geld für diese Zeit bekommt sie nicht. Irritiert fragt sie bei ihrem Arbeitgeber nach.

O-Ton

Sabine Stettner,  
Minijobberin:

„Da wurde mir mitgeteilt, dass er bei einem 400 Euro Job seiner Meinung nach keine Notwendigkeit sieht, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu bezahlen genauso auch wie den Urlaubsanspruch.“

O-Ton

Panorama:

„Haben Sie ihm dann gleich gesagt, das ist aber nicht korrekt?“

O-Ton

Sabine Stettner,  
Minijobberin:

„Wir haben mehrere Gespräche darüber geführt aber es wurde mir jedes Mal immer wieder erklärt, dass seiner Ansicht nach dies nicht verdient werde als 400 Euro Kraft.“

Frau Stettner weiß aber, dass sie ein Recht auf das Geld hat. In einem Brief fordert sie ihren Chef auf zu zahlen. Erst nach Wochen reagiert er. Sie bekommt zwar das Geld, gleichzeitig aber wird sie offensichtlich abgestraft. Sie darf nur noch 8 Stunden im Monat arbeiten.

O-Ton

Sabine Stettner,  
Minijobberin:

„Für mich kommt das fast ein bisschen einer Kündigung gleich, weil damit herausgefordert wird, dass ich diesen Job irgendwann beenden werde.“

Das Schicksal der Schwachen – vor allem da, wo wenig bezahlt wird, gilt: Wer für sein Recht kämpft, wird häufig drangsaliert.

O-Ton

Wolfgang Abel,  
ver.di:

„Wenn jemand, der betroffen ist von Ausbeutung, dagegen klagt, outet er sich und macht im Prinzip die Einladung für den Arbeitgeber, dass er morgen entlassen wird. Und in dieser Spirale der Angst kalkulieren die Arbeitgeber und versuchen, die Leute unter Druck zu setzen.“

Dabei kämpfen die Arbeitnehmer nur für Rechte, die ihnen zustehen. Im Arbeitsrecht heißt es: Jeder Arbeitnehmer hat Urlaubsanspruch und Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.

O-Ton

Prof. Ulrich Zachert,  
Arbeitsrechtler:

„Der Staat hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Gesetze nicht nur auf dem Papier stehen, nicht nur „law in the books“, sondern dass Gesetze auch durchgesetzt werden, respektiert werden.“

Hier werden die Gesetze gemacht, die so oft nicht respektiert werden. Wir fragen gezielt bei den Abgeordneten des Ausschusses für Arbeit nach.

O-Ton

Panorama:

„Muss die Politik nicht einschreiten, damit diese Gesetze eingehalten werden?“

O-Ton

Wolfgang Grotthaus, SPD,  
Bundestagsabgeordneter:

„Nein, die Politik muss nicht einschreiten, es gibt die Gesetze, die Gesetze sind von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu beachten.“

O-Ton

Peter Rauen, CDU,  
Bundestagsabgeordneter:

„Wenn das nicht gezahlt wird, dann muss der Arbeitnehmer sich halt entsprechend wehren. Die Gesetze dazu sind ja alle da.“

O-Ton

Prof. Ulrich Zachert,  
Arbeitsrechtler:

„Also noch mal: Gesetze können wunderschön sein, wenn man nicht daran denkt, wie sie umgesetzt werden, dann verfehlen sie ihr Ziel.“

Das bekam Lothar Daniel zu spüren. Er hat bei PIN gearbeitet, die Bedingungen waren unerträglich: Dumpinglöhne, kein bezahlter Urlaub, keine Lohnfortzahlung bei Krankheit. Lothar Daniel und seine Kollegen streiken – PIN reagiert sofort.

O-Ton

Lothar Daniel,  
ehemaliger PIN-Angestellter:

„Zwischen 11 und 12 war dann mein Chef hier, fuhr dann hier vor, stand dann hier vor der Tür und hat die Kündigung hier übergeben. Und somit waren wir fristlos gekündigt.“

Sechs Mitarbeiter verlieren den Job sofort, andere bekommen eine Abmahnung. Einer der Vorwürfe: Sie hätten Briefe nicht ausgeliefert. Lothar Daniel lässt sich nicht einschüchtern. Er kämpft vor dem Arbeitsgericht und in der Öffentlichkeit.

Situativer O-Ton

Lothar Daniel,  
ehemaliger PIN-Angestellter:  
„Viele Leute haben Angst. Weil die Methoden, um Leute mundtot zu machen, extrem sind.“

O-Ton  
Lothar Daniel,  
ehemaliger PIN-Angestellter:  
„Also ja ich bin eben in mehreren Sendungen gewesen und habe ganz öffentlich gesagt,  
wie die Arbeitsverhältnisse bei uns aussehen.“

Nun wirft ihm der Arbeitgeber PIN Lügen und Illoyalität vor. Heute die Entscheidung des  
Arbeitsgerichts: Eine Abfindung, aber der Arbeitsplatz ist weg. Wie so oft: Wer kämpft,  
verliert den Job - Deshalb fordern Experten schon lange eine Reform des Arbeitsrechts.

O-Ton  
Prof. Ulrich Zachert,  
Arbeitsrechtler:  
„Warum sollte es nicht so sein, dass beispielsweise die Gewerkschaft für einen  
Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich beispielsweise, der vielleicht befristet beschäftigt ist  
und von daher in einer besonders unsicheren Position ist, eine Klage einreicht. Das würde  
ihn sozusagen von der Front ein Stück zurücknehmen, es würde ihn anonym lassen,  
jedenfalls könnte man das so regulieren - und die Gewerkschaft könnte als Verband für ihn  
das Recht durchsetzen, was er selber nicht durchzusetzen wagt.“

O-Ton  
Wolfgang Abel,  
ver.di:  
„Das ist den Gewerkschaften bisher verboten. Weil das den Gewerkschaften verboten ist  
muss also der Einzelne klagen. Das ist ein Skandal. Und ein Skandal ist auch, dass Politik  
sich dieser Problematik nicht so zuwendet, wie es eigentlich wünschenswert wäre.“

Nur halbherzig schützt der Staat die Rechte der Arbeitnehmer. Eine Baustelle in Bremen,  
Wolfgang Visser von der Gewerbeaufsicht. Welche Gesetze auf Einhaltung überprüft  
werden, hat die Politik sehr beliebig festgelegt. Wolfgang Visser kontrolliert  
vorschriftsgemäß die Sicherheit, die Kleidung und die Arbeitszeiten.

O-Ton  
Wolfgang Visser,  
Gewerbeaufsichtsamt Bremen:  
„Ich hab mal eine Frage, wann sind sie heute morgen angefangen?“

O-Ton  
Arbeiter:  
„Halb sieben.“

O-Ton  
Wolfgang Visser,  
Gewerbeaufsichtsamt Bremen:  
„Halb sieben. Bis wann arbeiten Sie heute?“

O-Ton  
Arbeiter:

„Bis vier Uhr.“

O-Ton

Wolfgang Visser,  
Gewerbeaufsichtsamt Bremen:  
„Bis vier Uhr. Von Montag bis Freitag?“

O-Ton

Arbeiter:  
„Ja.“

Diese Rechte werden kontrolliert. Darauf legt der Staat wert.

O-Ton

Panorama:  
„Und Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und Urlaubsentgelt?“

O-Ton

Wolfgang Visser,  
Gewerbeaufsichtsamt Bremen:  
„Sind wir nicht zuständig, eindeutig nicht, also da müsste ich jetzt überlegen, wer dafür zuständig ist, also wir nicht.“

O-Ton

Panorama:  
„Wer denn?“

O-Ton

Wolfgang Visser,  
Gewerbeaufsichtsamt Bremen:  
„Da muss ich jetzt wirklich überlegen, wer ist für die Lohnfortzahlungen zuständig? Welche Behörde jetzt, ne?“

Es ist eben niemand für die Kontrolle von Urlaubsentgelt und Lohnfortzahlungen zuständig.

O-Ton

Prof. Ulrich Zachert,  
Arbeitsrechtler:  
„Wenn ich darüber nachdenke, ob es eine Logik gibt, dass man Arbeitszeitverstöße kontrolliert und Verstöße gegen das Urlaubsgesetz nicht, dann fällt es mir schwer, eine Logik zu finden. Denn in beiden Fällen geht es um den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer, der eingehalten werden muss. Dazu sind die Gesetze da.“

Kontrollen würden die Gesetzesverstöße aufdecken. Zum Beispiel den in einer Rewe-Filiale. Panorama liegt ein Vertrag vor, in dem geschrieben steht, was eindeutig verboten ist: „Im Stundenlohn sind anteilig Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung bei Krankheit enthalten.“ Das heißt, es gibt weder das eine noch das andere. Auf Nachfrage erklärt Rewe: man halte sich an alle gesetzlichen Bestimmungen. Doch sie bekommt das Geld nicht. Sie ist Aushilfe in einem Rewe-Markt. Aus Angst vor dem Arbeitgeber will sie nicht erkannt werden.

Stimme nachgesprochen

Rewe-Mitarbeiterin:

„Ich mache der Politik schon einen Vorwurf. Keine der Aushilfen hat es bisher gewagt, nach den Rechten zu fragen. Deswegen wäre es sehr wichtig, dass der Gesetzgeber Druck macht.“

Bisher werden Arbeitgeber nicht bestraft, wenn sie ihren Mitarbeitern Urlaubsentgelt oder Lohnfortzahlung verweigern. Das Gesetz sieht einfach keinerlei Sanktionen vor. Hier könnte das geändert werden. Doch bei den zuständigen Politikern herrscht offenbar Unkenntnis und Ratlosigkeit.

O-Ton

Peter Rauen, CDU,

Bundestagsabgeordneter:

„Ob das über Bußgelder zu regeln ist, da müsste man vielleicht mal drüber nachdenken, aber das ist jetzt ein Thema, über das ich auch persönlich nachdenken muss“

O-Ton

Franz Romer, CDU,

Bundestagsabgeordneter:

„Alles, was gegen das Gesetz verstößt, alles was gegen das Gesetz verstößt, muss geahndet werden.“

O-Ton

Panorama:

„Und warum gibt es bisher in den Gesetzen keine Sanktionen?“

O-Ton

Franz Romer, CDU,

Bundestagsabgeordneter:

„Ja wenn das niemand einfordert.“

O-Ton

Panorama:

„Das Gesetz sieht keine Sanktionen vor.“

O-Ton

Franz Romer, CDU,

Bundestagsabgeordneter:

„Ja gut, ich kann aber doch, wenn ich einen Rechtsanspruch habe, ein gesetzlicher Rechtsanspruch, dann kann ich den gesetzlichen Rechtseinspruch einklagen.“

Die alte Leier der Politiker. Es klingt so einfach, die Realität ist anders. Recht haben, klagen, fliegen.

O-Ton

Lothar Daniel,

ehemaliger PIN-Angestellter:

„Wenn man alleine ist, ist man auf verlorenem Posten. Da kämpft man gegen Windmühlen. Definitiv.“

Bericht: Tamara Anthony, Britta von der Heide, Tim Gerrit Köhler, Maike Rudolph

Schnitt: Dagmar Dahlström-Anders